

Freie Wähler Freisen e.V.

Stellungnahme zu TOP 11 der GR Sitzung vom 05.12.2024

Sehr geehrte Ratskollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister.

Der gemeinsame Antrag der CDU und SPD Fraktion im Gemeinderat setzt ein völlig falsches Signal in Richtung unserer Mitbürger.

In Zeiten, in denen man von Rezession spricht, über Lohnverzicht nachdenkt und selbst große Firmen wie VW vor großen finanziellen Problemen stehen, da geniert man sich nicht, ganz offen und unverhohlen sich die eigenen Taschen zu füllen.

Und das eigentlich ohne jeden wichtigen Grund.

Da Hilft es auch nicht, wenn man das mit dem Hinweis auf Preissteigerungen oder die hohe Inflation schön zu reden versucht.

Der Monatliche Grundbetrag im Gemeinderat soll um 9 € steigen, also um satte 56 %.

Der Monatliche Grundbetrag im Ortsrat steigt um 10 € also eine Erhöhung um 200%

Und bei den Zahlen spricht man in dem gemeinsamen Antrag der CDU und SPD doch tatsächlich noch von einer angemessenen Erhöhung? Ist das wirklich euer Ernst?

Vor gut 5 Jahren haben es die Freien Wähler verhindert, dass schon damals die entsprechenden Gelder erhöht wurden. Dadurch, dass die Freien Wähler im Vorfeld der Gemeinderatssitzung signalisierten, dass man bei der damaligen geplanten Erhöhung nicht mitgehen würde, wurde der Antrag nochmals abgeändert. Lediglich der Erhöhung der Ortsratentgelte haben wir damals mittragen können. Damals war man sich aber auch noch in allen Fraktionen einig, dass ein solcher Antrag gemeinsam und der Beschluss nur einstimmig gefasst werden sollte.

Aber, das war ja damals

Heute stehen wir wieder an diesem Punkt. Unsere Meinung dazu hat sich nicht geändert. Wir sehen nach wie vor keinen Anlass dazu, die Geschäftsordnung zu ändern, schon gar nicht um die genannten, aus unserer Sicht mehr als unangemessenen, Erhöhungen.

Wir sind alle Ehrenämter und haben uns freiwillig dazu entschieden hier mitzumachen. Keiner von uns muss von diesen Geldern seinen Lebensunterhalt bestreiten. Jetzt mal Hand aufs Herz, die wenigsten unter uns, wenn überhaupt einer dabei ist, kommt mit dem monatlichen Grundbetrag und den Sitzungsgeldern nicht zurecht? Stellt euch doch mal jetzt gerade diese Frage selber.

Das Geld was hier unnötig verpulvert wird, könnte man in unserer Gemeinde an anderer Stelle viel besser für Zwecke einsetzen, die der Allgemeinheit zugutekämen und nicht nur dem Einzelnen.

Als gutes Beispiel kann man hier den Punkt 10 der Tagesordnung nennen, bei dem zwischen einer Entlassung von Vereinen die Miete zahlen und Vereinen die sich an den Betriebskosten beteiligen unterschieden wird, so das z.B. der Judoclub in Grügelborn im ersten Schritt leer ausgeht.

Bei der gleich folgenden Abstimmung hat jeder von uns die Möglichkeit NEIN zu sagen, und sich mit seiner eigenen Meinung im schlimmsten Falle auch mal gegen die Meinung der restlichen Fraktion zu stellen. Schließlich wurden wir ja alle einmal verpflichtet mit dem Hinweis, dass man bei den Abstimmungen nicht an die Weisungen anderer gebunden ist.

Denn, es ist doch so, nach der Sitzung dürft ihr dann der Presse und den Bürgern unserer Gemeinde Rede und Antwort stehen, warum ihr solche Erhöhungen allen Ernstes nach für angemessen haltet.

Das Verständnis der Bürger dafür dürfte sich, vorsichtig gesagt, wohl eher in Grenzen halten.

Danke

Mit der Bitte zur Niederschrift